

## So geht „wertebasierte Politik“ von Dr. Hans Otto Rößer, Guxhagen

Ich danke Herbert Storn für seine präzise und differenzierte Argumentation zum Wirtschaftskrieg und zur Wirkung von Sanktionen. Dagegen wimmelt der Beitrag von Frau Heidt-Sommer von vagen Behauptungen und Spekulationen. Schon im ersten Absatz schiebt sie das bereits von ihr in distanzierende Anführungszeichen gesetzte „imperiale Handeln des Westens und der NATO“ als Fantasie Putins beiseite, ohne einen einzigen Gedanken daran zu verschwenden, worin denn nun das Interesse an der offenbar noch nicht an ihr Ende gelangten Ost-Erweiterung der NATO bestanden haben mag und besteht. Wenn es einem darum geht, Krieg durch Verhandlungen zu beenden, muss man schon die Interessen und Wahrnehmungen der Kontrahenten ernst nehmen, anstatt sie als Fantasien abzutun. Im Übrigen hält die ganz überwiegende Mehrheit der Länder des „globalen Südens“ diese Wahrnehmung des „Westens“ und der NATO keineswegs für eine Fantasie und schließt sich deshalb auch nicht dem Sanktionsregime dieses Machtblocks an. Dass es das Kriegsziel Russlands sei, „die Ukraine als Staat von der Landkarte zu tilgen“, ist eine Behauptung, für die ich gerne einen Beleg hätte. Hier kenne ich nur den komplementären Wunsch, „Russland zu ruinieren“. Was die Beschwörung der heiligen „Familie des demokratischen Europas“ angeht, darf man von der Autorin so wenig geschichtliche Expertise erwarten, wie sie eine bekanntermaßen militärische besitzt. Daher wird die Erinnerung an die demokratisch nicht legitimierte Über-Herrschaft der „Troika“ ab 2010, die die Syriza-Regierung in Griechenland ausgehebelt hat und zur Massenarmut führte, bei ihr keinen Eindruck machen. Man sollte aber erwähnen, dass etwa zeitgleich mit der Veröffentlichung ihrer Intervention die freiheitlich-demokratische EU „den Ausbau von Grenzschutzkapazitäten und -infrastruktur“ beschlossen hat, bestehend aus Kameras, Wachtürmen, elektronischer Überwachung, inklusive Zäunen und Mauern (vgl. FAZ vom 11.02.2023). So also geht „wertebasierte“ Politik in friedlichen und pluralen Gesellschaften.

Soweit ließe sich diese Kontroverse darunter subsumieren, was man in einer Einheitsgewerkschaft auszuhalten hat. Der Kern der Ausführungen der Kollegin besteht aber in der Behauptung, Militarisierung und Sozialpolitik, historisch formuliert: Kanonen und Butter ließen sich vereinbaren. Dieser Irrtum hat bereits 1914 die Sozialdemokratie auf den Weg in die Katastrophe geführt. Und dieses Problem tangiert gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit prinzipiell.